

SPD-Fraktion/CDU-Fraktion	16.11.2017
An: Bürgermeisterin Sonja Leidemann	ggf . Nummer DA6817
<input checked="" type="checkbox"/> Antrag gemäß § 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag) <input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: AAWSF und Rat <input type="checkbox"/> Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich <input checked="" type="checkbox"/> Bürgermeisterin <input type="checkbox"/> Ausschussvorsitzender d. <input type="checkbox"/> SPD-Fraktion <input type="checkbox"/> CDU-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion bürgerforum <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion DIE LINKE. <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Solidarität für Witten <input checked="" type="checkbox"/> FDP-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion WBG <input checked="" type="checkbox"/> Piraten <input checked="" type="checkbox"/> WITTEN DIREKT <input checked="" type="checkbox"/> Pro NRW <input type="checkbox"/> fraktionslose Ratsmitglieder <input checked="" type="checkbox"/> Integrationsrat

Betreff
Digitalisierungsstrategie für die Smart City Witten

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, eine Digitalisierungsstrategie für Witten zu erarbeiten und kostenneutral eine Stelle eines/ einer Digitalisierungsbeauftragten einzurichten. Um die dabei anfallende Arbeit kostenneutral leisten zu können, soll die erforderliche Arbeitskraft eines/einer Digitalisierungsbeauftragten von einer anderer Stelle aus der Stadtverwaltung abgezogen werden.

Oder es ist zu prüfen, ob gegebenenfalls der Bereich eGovernment diese Aufgabe übernehmen kann, um sich auf die zukunftsweisende Digitalisierung zu konzentrieren.

Begründung:

Witten muss wie andere Städte auch den technischen Fortschritt nutzen, um die Lebensqualität der Anwohner zu verbessern und um die wirtschaftliche Standort-Attraktivität zu steigern. Die finanziellen Probleme der Stadt dürfen dabei kein Hinderungsgrund sein, sonst verliert sie den Anschluss.

Die Stadtverwaltung hat sich beim eGovernment schon auf den Weg gemacht. Außerdem bieten an einigen Stellen im Stadtgebiet schon etliche Freifunk-Router Bürgern und Besuchern kostenloses WLAN an. Diese und weitere Aktivitäten sind konstruktiv, doch sie sind nur kleine Bausteine eines großen Ganzen.

Außerdem umfasst die Digitalisierung einer Stadt viele weitere Lebensbereiche. Zu nennen sind da die Stadt- und Raumplanung, der Verkehr, die Bildung, die Kultur, die Wirtschaft, (Produktion, Handel, Dienstleistungen) die Gesundheit und das Arbeitsfeld Umwelt und Energie. Diese und weitere Bereiche müssen für die Zukunft gerüstet sein, wenn sie ihren Aufgaben noch gerecht werden, bzw. im Wettbewerb

bestehen wollen. Nicht für alle diese Handlungsfelder ist die Stadt selbst verantwortlich. Es liegt aber in ihrer Hand, Entwicklungen anzustoßen oder überhaupt erst zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck muss eine Gesamtstrategie entwickelt werden. Sie könnte z.B. den Anstoß für die Bildung einer Lenkungsgruppe mit kompetenten Vertretern aus den genannten und weiteren relevanten Arbeitsbereichen in Witten geben. Diese sollte die Strategie dann verfeinern, vorantreiben und umsetzen. In der Runde könnten auch mögliche Synergieeffekte sichtbar werden. Sie müsste sich auch Kooperationspartner erschließen.

Mit der Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie verbinden sich große Herausforderungen, die nur mit vereinten Kräften bewältigt werden können. Denn innovative Maßnahmen der Digitalisierung können nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie politisch legitimiert sind, organisatorisch eingerichtet werden können, technisch funktionieren, finanziell gesichert, personell vorbereitet und rechtlich zulässig sind.

In diesem Prozess soll der/die Digitalisierungsbeauftragte weiter als Schnittstelle zu den externen Akteuren fungieren und ihn steuern.

Darüberhinaus ist anzustreben, dass die gesamte Stadtgesellschaft die Entwicklung mitträgt. Zu diesem Zweck muss sie bürgernah organisiert sein und Möglichkeiten der Beteiligung anbieten. Ziel soll sein, die größtmögliche Akzeptanz für eine „Smart City Witten“ zu erreichen.

Auf Zukunftsfragen der Stadt können mit digitalen Mitteln vermutlich leichter Antworten gefunden werden. Sie betreffen u.a. die Aspekte der Mobilitätsentwicklung, der Energieversorgung, der Bildung, des demografischen Wandels und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der Ausbau einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur muss in diesem Sinne als Daseinsvorsorge begriffen werden.

Da das Geld knapp ist, muss ein wesentliches Augenmerk der Wittener Digitalisierungsstrategie auf das Einwerben von Förder- und Drittmitteln gelegt werden. Das gilt sowohl bei den ersten Schritten als auch in der Umsetzung. Möglicherweise können damit „Leuchtturmprojekte“ angeschoben werden.

Das Thema wird zurzeit von der Landesregierung massiv vorangetrieben. Es stellt im Bereich des Wirtschaftsministeriums einen Schwerpunkt dar. Dort ist eine Abteilung Digitalisierung gegründet worden.

gez.
Beate Gronau
Stv. Fraktionsvorsitzende der SPD

gez.
Klaus Noske
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez.
Frank Krebs
SPD-Ratsmitglied

gez.
Heiko Kubski
CDU-Ratsmitglied

